

Rechnungshof-Chef Dette: Straßenausbaubeiträge sind Frage der Gerechtigkeit

Die im kommenden Jahr geplante komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bleibt weiterhin umstritten. TLZ 15. Dezember 2018 / 04:55 Uhr



Wolfgang Kleindienst Archivfoto: Peter Cissek

Erfurt. Wolfgang Kleindienst stimmt dem Ministerpräsidenten zu. „Herr Ramelow hat es schon richtig erkannt: ‚Eigentum verpflichtet!‘“, sagt der Vorsitzende der Bürgerallianz, die sich seit vielen Jahren für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen einsetzt. Die Gemeindestraßen und deren Nebeneinrichtungen gehörten den Gemeinden. „Somit sind sie verpflichtet, diese zu erneuern, zu verbessern oder herzustellen“, so Kleindienst.

Diese Argumentation indes dürfte Bodo Ramelow kaum gefallen. Zwar hatte er in seinem Schreiben, das auch an den Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) verschickt wurde, auf die im Grundgesetz verankerte Norm verwiesen. Aber der Regierungschef zielte eher darauf, dass Eigentümer auch selbst in die Tasche greifen müssten, da der Wert eines Grundstücks steige, „wenn Zuwegung, Ver- und Entsorgung gesichert“ würden. „Die prinzipielle Frage, ob eine eintretende Wertsteigerung wirklich durch alle Steuerzahler/innen zu finanzieren ist, scheint berechtigt“, meint Ramelow. Er erinnert zudem an eine durch Frank Kuschel (Linke) angeregte „umfassende Grundsteuerreform, durch welche man das Erhebungssystem für sämtliche Grundstücksbesitzer/innen erheblich verbessern könnte“. Grund für die schriftliche Wortmeldung des Ministerpräsidenten: Ihn treibt die Sorge um, dass ein Schnellschuss bei der von Rot-Rot-Grün nun vereinbarten kompletten Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen zu unkalkulierbaren Haushaltsrisiken führen könnte und am Ende zu Lasten aller Steuerzahler geht – also auch der Mieter, die kein Eigentum besitzen.

Der Linke erinnert in diesem Zusammenhang an das „Wahlkampfgeschenk“ von Ex-Ministerpräsident Dieter Althaus. Der Christdemokrat verkündete damals den Verzicht auf die Trinkwasser- und den teilweisen Verzicht auf die Abwasserbeiträge.

Landeshaushalt für viele Jahre mit insgesamt weit über einer Milliarde Euro belastet

Dadurch sei der Landeshaushalt für viele Jahre mit insgesamt weit über einer Milliarde Euro belastet worden. „Geld, das auch in den Ausbau von Kindergärten, Schulen und die Sanierung von Infrastruktur investiert hätte werden können“, gibt Ramelow zu bedenken.

Der 1. Vizepräsident des VDBG, Peter Ohm, fragt sich derweil, was diese Intervention bewirken soll. „Sollen die Betroffenen hinter die Fichte geführt werden?“ Hinweise auf „Haushaltsrisiken“ oder gar darauf, dass ohne Straßenausbaubeiträge Gelder für Kinderbetreuung, Schulen, Universitäten fehlen könnten, hält er für „ziemlich billig“.

Immerhin habe allein im Jahr 2017 der Rechnungshof der Landesregierung zweifelhafte, das heißt überflüssige Ausgaben in Höhe von 60 Millionen attestiert. „Bevor man Menschen, die ihre Grundstücke selbst bewohnen und die im Regelfall nicht zu den Besserverdienenden oder gar Reichen im Lande gehören, tief in die Geldbörsen greift, sollten sich die Verantwortlichen in der Landesregierung an die eigenen Nasen fassen“, kritisiert Ohm.

Staatskanzleichef Benjamin Hoff (Linke) habe Vertretern von Bürgerallianz, Grundstücksnutzern und zahlreichen Bürgerinitiativen zugesagt, dass die Regierungskoalition bis März 2019 den Entwurf eines Gesetzes vorlegen wird, mit dem die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 abgeschafft werden. „Was gilt nun?“, will Ohm wissen.

Die Antwort dürfte lauten: In diesem Fall schließt das eine das andere nicht aus

Trotz der Bedenken bereitet die Koalition einen Gesetzentwurf vor, wartet jedoch zunächst auf das Ergebnis eines in Auftrag gegebenen Gutachtens, das am 15. Januar vorgestellt werden soll. In der Zwischenzeit dürfte zum Jahresbeginn jedoch zunächst die 2017 vom Landtag verabschiedete Regelung in Kraft treten, nach der zunächst nur jene Kommunen, die finanziell entsprechend leistungsfähig sind und drei Jahre zuvor keine besonderen Zuweisungen vom Land erhalten haben, auf die Erhebung von Beiträgen verzichten dürfen.

Der Gemeinde- und Städtebund stützte sich jedoch auf ein Gutachten, das zu dem Ergebnis gelangte, diese Neuregelung sei verfassungswidrig. Der Verband befürchtet eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“, in der klamme Kommunen ihre Bürger zur Kasse bitten müssen, reiche hingegen nicht.

Dass es am Ende auch darum geht, wie das Land die Gemeinden für wegfallende Einnahmen entschädigt, zeigt ein Blick zurück: Seit 1992 sollen die Kämmerer immerhin Einnahmen in Höhe von insgesamt etwa 600 Millionen Euro verbucht haben. Dieses Geld wird perspektivisch fehlen. Kommunalexperte Kuschel beziffert die jährliche Ausgleichssumme deshalb auf 20 bis 30 Millionen Euro.

Wie genau das Geld erstattet werden soll, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während der Gemeindebund eine Spitzabrechnung jeder Baumaßnahme als am gerechtesten favorisiert, könnte sich die Regierung ein Investitionsprogramm vorstellen. Einigkeit besteht lediglich darüber, dass bereits bezahlte Beiträge nicht zurückerstattet werden sollen. Das sieht auch die oppositionelle CDU so, die sich bereiterklärt, an der Novelle mitzuarbeiten.

Aber nicht nur der Ministerpräsident macht sich Sorgen, ob all das finanziell zu stemmen ist. Auch

im Rechnungshof ist man alarmiert. „Ich fordere, das bewerte System der Straßenausbaubeiträge beizubehalten“, sagt Behördenpräsident Sebastian Dette. Weder die Kommunen noch das Land seien wohlhabend genug, um die in Rede stehenden Summen aufzubringen.

„Es geht um Gerechtigkeit“, betont Dette im Gespräch mit dieser Zeitung. Natürlich solle eine Durchgangsstraße nicht durch die Anlieger finanziert werden. Aber wo ein messbarer Vorteil entstehe, mache es Sinn, die Grundstückseigentümer an den Kosten zu beteiligen.

Elmar Otto / 15.12.18

Ende der Straßenbeiträge: Ramelow warnt vor Folgen

Vorschnelles Versprechen birgt Risiken für den Steuerzahler. Eine neue Grundsteuer ist im Gespräch. TLZ 15. Dezember 2018 / 05:00 Uhr

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bleibt umstritten.

Erfurt. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) warnt vor finanziellen Risiken durch ein generelles Aus von Straßenausbaubeiträgen. Zwar hat sich die rot-rot-grüne Koalition nach langer kontroverser Diskussion darauf verständigt, gleichwohl bleibt die Abschaffung umstritten. Er sehe, „dass ein vorschnelles Versprechen fatale Folgen für die öffentliche Hand und damit letztlich für die Steuerzahler/innen nach sich ziehen kann“, schreibt Ramelow in einem Brief, der unter anderem an die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben ging.

Um die Kosten umzulegen, bringt der Regierungschef eine Änderung der Grundsteuer ins Spiel. Allerdings sei derzeit nicht von einer großen Reform der Grundsteuer auszugehen. „Wenn jedoch die Frage der Steuergerechtigkeit überhaupt nicht thematisiert wird, bekommt die Debatte nach meinem Empfinden Schlagseite“, betont Ramelow.

Im Mai vergangenen Jahres hat der Landtag beschlossen, dass ab 2019 wirtschaftlich solide Gemeinden auf die Erhebung der Beiträge verzichten können. Die Novelle wurde vom Gemeinde- und Städtebund heftig kritisiert. Derzeit müssen Kommunen die Grundstückseigentümer rückwirkend bis zu 20 Jahre an den Kosten für den grundhaften Straßenausbau beteiligen. Eine geplante Begrenzung durch eine Stichtagsregelung scheiterte aus verfassungsrechtlichen Gründen.

Um die Gesetzesänderung für eine komplette Abschaffung der Beiträge rechtssicher zu machen, will die Koalition ein Gutachten erstellen lassen, das Mitte Januar vorgestellt werden soll. Die Summe, mit der das Land Gemeinde für Einnahmeausfälle entschädigen muss, wird auf 30 Millionen Euro geschätzt.

Elmar Otto / 15.12.18

Leitartikel: Beton-Gold

Nils R. Kawig fragt, wer vom Erhalt der Straßen profitiert.

TLZ 15. Dezember 2018 / 03:16 Uhr

Der Zeitpunkt überrascht: Ausgerechnet jetzt, kurz vor Einführung, fällt Ministerpräsident Bodo Ramelow auf, dass wegfallende Straßenausbaubeiträge Löcher in kommunale Kassen reißen würden. Anderthalb Jahre lang hätte er dazu Zeit gehabt; so lange ist es schon her, dass der Landtag

ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht hat. In all diesen Monaten ging der Dauerstreit um die Zwangsbeiträge weiter, zumal die einen den gefundenen Kompromiss als unzureichend, die anderen ihn als überzogen bezeichneten.

Nach wie vor stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen?

Und vor diesem Hintergrund wundert es doch nicht, dass Bodo Ramelow gerade jetzt vor den Folgen der wegfallenden Straßenausbaubeiträge warnt. Womöglich ist ihm klar geworden, welche finanzielle Last auf die Landesregierung übertragen werden könnte, wenn Städten und Gemeinden mehrere Millionen jährlich fehlen. Von 30 Millionen Euro ist die Rede – selbst in konjunkturell günstigen Zeiten wie diesen kein Pappenstein!

Der linke Ministerpräsident hat, wie man es von ihm erwarten kann, den einfachen Bürger im Blick. Er will verhindern, dass Mieter über ihre Nebenkosten die Zeche zahlen, während Vermieter fein raus wären. Doch dafür einen gefundenen Rechtsfrieden aufs Spiel zu setzen, das ist der falsche Weg, zumal Infrastrukturkosten immer auf breite Schultern verteilt werden: Für Autobahnen zahlen letztlich alle, für den Erhalt des Schienennetzes ebenso. Der Flugverkehr wird subventioniert. Mir scheint, dass Gemeindestraßen keine Ausnahme wären. Zugegeben: Ob dieses System gerecht ist, steht auf einem anderen Blatt.

Nils-Robert Kawig / 15.12.18